

Strategiepapier

Einleitung

Die Mitgliedsorganisationen im DEAB engagieren sich auf vielfältigste Weise für eine breite Palette entwicklungspolitischer Themen und sprechen damit viele verschiedene Zielgruppen an. Verbindend für alle ist die Präambel der DEAB-Satzung von 2004:

„Wir arbeiten in Baden-Württemberg dafür, dass sich viele Menschen von einer Vision weltweiter Gerechtigkeit leiten lassen und so leben, wirtschaften und Politik machen, dass Menschen in allen Teilen der Erde ein menschenwürdiges Leben haben.

*Wir informieren über weltweite Zusammenhänge und Missstände. Wir weisen alle gesellschaftlichen Gruppen, Bürger*innen, Politiker*innen, Wirtschafts- und Kirchenleute auf unseren Anteil an diesen Missständen hin und drängen auf Veränderung. Die Benennung offenkundigen Unrechts ist der erste Schritt zu mehr Gerechtigkeit. Daher wenden wir uns gegen Hunger, Krieg, Waffenexporte, Überschuldung, Analphabetismus, Armut, kulturelle Dominanz, Umweltzerstörung, wirtschaftliche Knebelung und fordern deren Überwindung.*

Wir bemühen uns um Begegnungen, aus denen internationale Solidarität wächst. Wir beteiligen uns an einem Austausch, bei dem man die Kultur des anderen schätzen lernt. Wir unterstützen Wirtschaftsbeziehungen, die menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen ermöglichen. Dazu gehören soziale und ökologische Standards, Zugang zu Nahrung, Gesundheit, Bildung, angemessen entlohnte Arbeit und gerechtes Kreditwesen für einkommensschwache Menschen. Wir unterstützen den Fairen Handel.

Als Dachverband der Entwicklungszusammenarbeit in Baden-Württemberg vertreten wir Interessen der Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika.

Wir vertrauen darauf, dass es in allen Teilen der Erde Gruppen gibt, die mit Kreativität und Mut Wege finden, die ihnen Überleben, Selbstbestimmung und Menschenwürde eröffnen. Zusammen arbeiten wir an einer gerechteren Welt.“

Zentrale Aufgaben des DEAB-Vorstands und der Mitarbeitenden der DEAB-Geschäftsstelle sind die Unterstützung der Mitglieder durch Information, Vernetzung und Fortbildung sowie politische Vertretung ihrer Anliegen gegenüber Politik und Gesellschaft. Darüber hinaus ist die DEAB-Geschäftsstelle Servicestelle für entwicklungspolitische Fragen.

Als Landesnetzwerk haben wir einen spezifischen Fokus auf die Landes- und die kommunale Ebene mit der Vision, eine weltweit nachhaltige Entwicklung, an der alle gleichermaßen teilhaben können, voranzutreiben.

Die globalen Herausforderungen sind vielfältig, oft überwältigend: Hunger, Armut, wachsende Ungleichheit, ungerechte Wirtschafts- und Finanzsysteme, gewaltsam ausgetragene Konflikte und Kriege, Menschenrechtsverletzungen und Flucht, Klimawandel und Übernutzung der natürlichen Ressourcen.

Im Jahr 2015 wurden mit der Agenda 2030 der Vereinten Nationen gemeinsame Ziele für eine weltweit nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals = SDG) verabschiedet, die einen hilfreichen Orientierungsrahmen für die sozial-ökologische Transformation unserer Gesellschaften darstellen. Ihre Umsetzung kann jedoch nur auf der Basis eines breiten gesellschaftlichen Dialogs sowie durch Engagement und Druck einer aktiven Zivilgesellschaft gelingen.

Auch andere aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen fordern uns heraus: Rassistische und nationalistische Gruppierungen haben an Einfluss gewonnen und polarisieren unsere Gesellschaft auch bezüglich der Frage, wie wir Menschen begegnen, die aus unterschiedlichen Gründen zu uns kommen. Der Anteil älterer Menschen wird größer, auch das Durchschnittsalter der Aktiven im DEAB steigt. Die Formen des ehrenamtlichen Engagements verändern sich und führen zu der Frage, ob dies auch neue Ansätze in unserer Arbeit erfordert – sowohl lokal als auch auf Landesebene.

Die Eine Welt-Arbeit in Baden-Württemberg hat an Akzeptanz gewonnen. Sie wird insbesondere in den Bereichen Politik und Bildung, aber auch in der breiten Öffentlichkeit immer stärker wahrgenommen, und die Mitarbeitenden des DEAB sind als Gesprächs- und Kooperationspartner zunehmend gefragt. Damit sind aber auch die Erwartungen an das Team der Geschäftsstelle, an den Vorstand und die Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedsgruppen sowie deren Aufgaben deutlich gewachsen. Der Druck zur Professionalisierung steigt - sowohl für hauptamtliche als auch ehrenamtlich Engagierte.

Die Arbeitskapazitäten in der Eine Welt-Arbeit haben zwar ebenfalls zugenommen: Noch nie gab es mehr öffentliche Mittel für die entwicklungspolitische Inlandsarbeit, u.a. für das Eine Welt-Promotor*innen-Programm. Jedoch überwiegen zeitlich befristete und an definierte Inhalte gebundene Projektförderungen, was den Aufbau von verlässlichen Strukturen und flexible Reaktionen auf aktuelle Entwicklungen erschwert. Und es wächst damit die Abhängigkeit von staatlichen Geldern. Kritische politische Arbeit kann auf dieser Basis nicht zuverlässig finanziert werden. Das heißt, Arbeitsplätze bleiben prekär und Arbeitskapazitäten begrenzt.

Angesichts dieser Situation stellen wir uns als Mitglieder des DEAB-Vorstands und als Mitarbeitende der DEAB-Geschäftsstelle folgende Fragen:

1. Wie können wir uns als Dachverband besser und stabiler aufstellen?
2. Welche thematischen und politischen Ziele verfolgen wir mittelfristig?
3. Welche Prioritäten setzen wir beim Einsatz unserer begrenzten Ressourcen?

Diese Fragen wollen wir auf der Basis eines Strategiepapiers und mit dem Blick auf das Jahr 2025 (50 Jahre DEAB!) mit möglichst vielen DEAB-Mitgliedern diskutieren und in der Folge entsprechende Maßnahmen entwickeln und umsetzen.

Auf der Mitgliederversammlung 2018 wurde der erste Teil, der vor allem interne strukturelle Aspekte thematisiert, diskutiert und als Strategiepapier Teil 1 verabschiedet.

1. Strukturelle Entwicklung des DEAB, der Geschäftsstelle und der Mitgliedsgruppen

1.0. Herausforderungen

Die Finanzierung entwicklungspolitischer Arbeit der Zivilgesellschaft ist prekär. Die Fördermittel von Bund, Land, Kommunen, Kirchen, Stiftungen sind regelmäßig überzeichnet. Sinnvolle Projekte können deshalb nicht oder nur in eingeschränktem Umfang umgesetzt werden.

Auch die Finanzierung der Mitarbeiter*innen der DEAB-Geschäftsstelle ist prekär: Die DEAB-Geschäftsführerin hat für die Verbandsarbeit zu wenig Kapazitäten, da sie aus Mitteln des Eine Welt-Promotor*innen-Programms als dessen Landeskoordination finanziert wird. Die Verwaltungskostenpauschalen aus Projektmitteln (jeweils 5 bis 10%) reichen bei Weitem nicht aus, um die Overhead-Kosten (Büromiete, Kommunikation, Büromaterial, Verwaltung und Buchhaltung) zu decken. Die Jahresförderung durch Brot für die Welt in Höhe von zurzeit 18.000€ wirken hier stabilisierend, sie reichen jedoch angesichts der steigenden Aufgaben und Herausforderungen nicht mehr aus.

Außerdem ist der hohe Finanzierungsanteil aus staatlichen Mitteln mit Blick auf die Unabhängigkeit der Arbeit kritisch zu sehen.

Aktuell hat der DEAB 163 Mitgliedsgruppen (Stand Februar 2019): 93 Weltläden, 39 Aktionsgruppen und Vereine sowie 20 größere Organisationen – davon sieben migrantisch-diasporische Organisationen, sechs Netzwerke (Eine Welt-Foren), drei Faire Importorganisationen (gepa, dwp, FairTradeCenter Breisgau) und zwei Länder-Koordinationsstellen (Brasilien, Peru). Hochgerechnet sind mehr als 5.000 Menschen in Mitgliedsgruppen des DEAB organisiert.

Die Mitgliedsbeiträge umfassen seit Beginn des Promotor*innen-Programms im Jahr 2013 etwa 2% der Einnahmen. Lokale Initiativen bezahlen seit 2008 pro Jahr 50 Euro, Organisationen und Netzwerke 100 Euro. Für Weltläden ist der Jahresbeitrag nach dem Jahresumsatz

gestaffelt und liegt je nach Selbsteinschätzung zwischen 150 und 450 Euro. Zu den Mitgliederversammlungen kommen etwa 20 bis 30% der Mitgliedsgruppen.

Der Zuwachs an Mitgliedern ist stetig, aber gering. Derzeit hat der DEAB elf Fördermitglieder, vor allem Einzelpersonen; sie müssen keiner entwicklungspolitischen Gruppe angehören.

Die DEAB-Mitglieder werden immer älter. Neue Formen des ehrenamtlichen Engagements vor allem unter jungen Menschen entwickeln sich, das Interesse an etablierten Strukturen und langfristigem Engagement hat aber abgenommen.

Angesichts einer zunehmend diversen Gesellschaft und eines komplexen und internationalen Handlungsfeldes wie der Entwicklungspolitik ist es unerlässlich, dass die Mitgliederstruktur des DEAB dies abbildet. Obwohl sich Migrant*innen und migrantische Organisationen (MO) in Baden-Württemberg seit Langem in der Entwicklungspolitik engagieren, ist ihre Arbeit zu wenig sichtbar und es findet wenig fachlicher Austausch und Zusammenarbeit zwischen MO und nicht-migrantischen Eine Welt-Akteuren statt, auch innerhalb des DEAB. Seit mehreren Jahren engagiert sich der DEAB für eine bessere Teilhabe und Partizipation.

1.1. Finanzielle Absicherung des zivilgesellschaftlichen Engagements und des Landesnetzwerks in Baden-Württemberg

Um das Potenzial der Zivilgesellschaft für die sozial-ökologische Transformation in globaler Perspektive zu nutzen, muss dieses Engagement, sei es ehrenamtlich oder hauptamtlich, deutlich ausgebaut werden. Dazu ist eine effektive, zuverlässige und flächendeckende zivilgesellschaftliche Vernetzungs-, Unterstützungs- und Lobbyarbeit unerlässlich.

Die zivilgesellschaftlichen Akteure und der DEAB benötigen eine ausreichende, nicht nur an Projekte gebundene Finanzierung. Im Interesse der politischen Unabhängigkeit sollte sie aus unterschiedlichen Quellen stammen, nicht von einem Geber dominiert werden und zu einem angemessenen Anteil aus eigenen Mitteln stammen.

Ziele

Bis 2025 hat der DEAB in diesem Handlungsfeld erreicht, dass ...

- 1.** die Finanzierung einer Vollzeitstelle für die DEAB-Geschäftsführung mindestens zur Hälfte aus Eigenmitteln, d.h. aus Beiträgen der Mitglieder und Fördermitglieder, abgesichert ist;
- 2.** die Finanzierung einer 50%-Stelle für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des DEAB gewährleistet ist;
- 3.** für das Eine Welt-Promotor*innen-Programm in Baden-Württemberg von Bund und Land die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um mindestens eine Pro-

motor*innen-Stelle (Vollzeitäquivalent = VZÄ) pro 500.000 Einwohner*innen zu finanzieren (also insgesamt 22 VZÄ);

4. die Erhöhung der Landesmittel zur Förderung von Projekten der Zivilgesellschaft im In- und Ausland, die von der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) verwaltet werden und für die alle entwicklungspolitischen Initiativen in Baden-Württemberg Anträge stellen können, nicht nur fallweise – wie mit der Verdoppelung 2018 durch zeitlich befristete Mittel – vorgenommen, sondern verstetigt wird;
5. die entwicklungs- und umweltpolitische Arbeit der Zivilgesellschaft aus Mitteln der Staatlichen Toto-Lotto GmbH Baden-Württemberg (Lotto BW) gefördert wird;
6. die evangelischen Landeskirchen in Württemberg und Baden sowie die Erzdiözese Freiburg und die Diözese Rottenburg-Stuttgart jährlich Mittel für die Verbandsarbeit des DEAB zur Verfügung stellen.

1.2. Neue Mitglieder und neue Kooperationspartner gewinnen, Engagement stärken

Die DEAB-Mitgliedsgruppen sind die Basis des DEAB. Die Geschäftsstelle erhält von den Mitgliedern Auftrag und Mandat. Der erteilte Auftrag geht in zwei Richtungen: nach innen zur Unterstützung und Förderung der Mitglieder, nach außen, um die Anliegen und Interessen der Mitglieder gegenüber Politik und Gesellschaft zu vertreten. Zunehmend ist die DEAB-Geschäftsstelle jedoch auch Servicestelle für vielfältige entwicklungspolitische Fragen und Anliegen von Nicht-Mitgliedern. Außerdem fungiert der DEAB als wichtige Plattform für Austausch und Vernetzung.

Die Mitglieder machen die Stärke des Verbands aus: Je *mehr* Mitglieder der DEAB hat und je *profiliertes* die *Mitglieder* sind, desto gewichtiger ist der Verband. Auch die *Mobilisierungsfähigkeit* der Mitglieder ist von zentraler Bedeutung, um gesellschaftlich und politisch sichtbar und wirksam zu sein.

Ziele

Bis 2025 hat der DEAB in diesem Handlungsfeld erreicht, dass ...

1. sich die Anzahl der Mitgliedsgruppen auf mindestens 200 erhöht hat;
2. sich das Spektrum der Mitgliedsgruppen erweitert hat, z.B. um Partnerschaftsgruppen und Gruppen jenseits des traditionellen entwicklungspolitischen Spektrums;
3. ein Konzept entwickelt wurde, wie das Engagement junger Menschen gefördert und besser in den DEAB integriert werden kann;

4. die Kooperation mit anderen Verbänden, wie z.B. Jugend- und Umweltverbänden, intensiviert worden ist;
5. mehr Formate für Diskussion und Begegnung mit und zwischen Mitgliedern entwickelt worden sind;
6. lokale und regionale Strukturen der zivilgesellschaftlichen Eine Welt-Arbeit gestärkt sind.

1.3. Diversitätsfreundlich und diskriminierungskritisch: migrationsgesellschaftliche Öffnung & Vielfalt im Verband

Es ist eine Frage des menschenrechtlichen Grundsatzes der gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe, dass sich alle Menschen unabhängig von ihrer „Herkunft“ oder anderen zugeschriebenen Merkmalen im DEAB beteiligen können.

Eine bessere Partizipation von Migrant*innen und ihren Organisationen steigert auch die Qualität der entwicklungspolitischen Arbeit in Baden-Württemberg, denn Menschen mit biographischen Bezügen zu Ländern des globalen Südens bringen wichtige Regionalkenntnisse und oft langjährige Expertise und Erfahrung in der entwicklungspolitischen Arbeit mit.

Für die migrationsgesellschaftliche Öffnung ist es unerlässlich, sich weiter mit Zugangsbarrieren für migrantisches Engagement im Verband sowie mit dem Abbau von kolonialen Denkmustern auseinanderzusetzen.

Ziele

Bis 2025 hat der DEAB in diesem Handlungsfeld erreicht, dass ...

1. die migrationsgesellschaftliche Vielfalt Baden-Württembergs personell auch im Verband (DEAB-Mitarbeiter*innen, Vorstand und Mitglieder) abgebildet ist;
2. Menschen aus Ländern des globalen Südens und der Diaspora in Baden-Württemberg als Referent*innen an DEAB-Veranstaltungen teilnehmen und ihre Anliegen einbringen;
3. die Fachexpertise von Migrant*innen auf allen Ebenen und Fachbereichen im DEAB Eingang findet;
4. die entwicklungspolitische Arbeit von Migrant*innen und ihren Organisationen im DEAB sichtbar wird und mehr entwicklungspolitische Kooperationen und informelle Zusammenarbeit in Vielfalt entstanden sind;
5. dass die Strukturen entwicklungspolitischer migrantischer Selbstorganisation (z.B. durch hauptamtliche Stellen bei MOs) in Baden-Württemberg gestärkt wurden;

6. Mitarbeiter*innen und Vorstände zu Themen migrationsgesellschaftlicher Öffnung inklusive Reflexion über koloniale Kontinuitäten, Vermeidung von stereotypen Bildern und Begriffen, Eurozentrismus etc. fortgebildet sind, Fortbildungen für Aktive in Mitgliedsgruppen kontinuierlich angeboten werden und damit Diskriminierungen jeglicher Art entgegengewirkt wird.

2. Handlungsfelder im DEAB

2.0. Herausforderungen

Der globale Handel wächst stetig. Immer mehr Länder nehmen am Welthandel teil. Doch die Welthandelsordnung wird einseitig von mächtigen Wirtschaftsinteressen dominiert – großen Banken, Investmentfonds, transnationalen Konzernen und anderen großen Kapitalbesitzer*innen – die die Ungleichheiten weiter vergrößern. Trotz Erfolgen bei der Reduzierung von Hunger und Armut in einigen Ländern leiden noch immer 795 Millionen Menschen akut an Hunger, 1,3 Milliarden Menschen leben in extremer Armut. Die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößert sich, zunehmend auch innerhalb der Länder des Nordens und Südens. Der rohstoffreiche Süden ist nach wie vor überwiegend Lieferant für die Industrienationen. Die Biodiversität schrumpft rapide, die Belastungen für die Umwelt steigen und die Ressourcen der Erde werden übernutzt.

Die Chancen auf Entwicklung vieler Länder werden dadurch beeinträchtigt. Die Industrienationen tragen dafür die Hauptverantwortung. Ihre enorme Nachfrage nach Ressourcen und deren Verschwendung, ihre politische und ökonomische Macht, ihre Liberalisierung der Handelsregeln sowie ihre Exportorientierung in der Agrar- und Handelspolitik bestimmen die Art und Weise, wie Anbau, Produktion und Handel weltweit stattfinden.

Die globale Wirtschaft benötigt darum neue und verbindlichere Regeln, die sich an den Menschenrechten und an den planetarischen Grenzen orientieren und Chancen auf Entwicklung für alle ermöglichen.

Mit der aktuellen Wirtschafts- und Lebensweise wurden die Grenzen der Tragfähigkeit der Erde bereits überschritten und wir stehen am Übergang zur Postwachstumsgesellschaft. Diesen Übergang müssen wir gerecht gestalten.

Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen für eine weltweit nachhaltige Entwicklung und die daran anknüpfenden Nachhaltigkeitsstrategien der Bundes- und der Landesregierung geben hier hilfreiche Impulse. So ist eine größere Offenheit für Themen globaler Gerechtigkeit, insbesondere des Fairen Handels, bei den großen politischen Parteien und Teilen der Wirtschaft durchaus erkennbar. Doch die Ursachen der Krisen und die damit zusammenhängenden Interessenskonflikte werden nicht in den Blick genommen. Zudem bleibt das konkrete politische

und wirtschaftliche Handeln oft weit hinter den formulierten Zielen zurück. In der Handels-, Investitions- und Rohstoffpolitik werden immer wieder Entscheidungen getroffen, die weiteren Umwelterstörungen und Menschenrechtsverletzungen den Weg bereiten.

Die Wirtschaft in Baden-Württemberg ist in hohem Maße in den Weltmarkt eingebunden und profitiert von der bisherigen Politik. Einige Firmen sind unmittelbar an Umwelterstörung und Menschenrechtsverletzungen in Ländern des globalen Südens beteiligt. Der zur Bewältigung des Klimawandels angestrebte Strukturwandel in der Automobilindustrie hin zur Elektromobilität riskiert, z.B. Ressourcenkonflikte und menschenunwürdige Arbeitsbedingungen weiter zu verschärfen.

Als Gegenbewegung dazu haben seit einigen Jahren zivilgesellschaftliche Initiativen, Wissenschaft und Unternehmen vielfältige Vorschläge entwickelt und teilweise auch in die Praxis umgesetzt, die auf solidarische und umweltverträgliche Lebens- und Wirtschaftsweisen abzielen. Viele der zivilgesellschaftlichen Ansätze lassen sich unter dem Schlagwort Postwachstumsgesellschaft zusammenfassen. Modelle für authentisch-nachhaltige und gemeinschaftlich getragene Alltagspraktiken wie Solidarische Landwirtschaft und Urban Gardening nehmen zu.

Um die Auswirkungen des aktuellen Wirtschaftsmodells für die Länder des globalen Südens zu verstehen und zukunftsfähige Strukturen zu entwickeln, muss der Dialog mit Partner*innen im Süden geführt und gemeinsame Aktivitäten entwickelt werden. Auf nationaler Ebene sind z.B. die Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke (agl) sowie VENRO, bei denen der DEAB Mitglied ist, in internationalen Vernetzungen und Kooperationen aktiv. Der DEAB als Landesverband engagiert sich bisher eher punktuell in den Handlungsfeldern internationale Partnerschaften oder Kooperationen.

Zunehmend werden jedoch Möglichkeiten der Zivilgesellschaft, für Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung einzutreten, in vielen Ländern beschnitten (shrinking spaces); Aktivist*innen, die sich gewaltfrei für legitime Interessen einsetzen, werden in einer wachsenden Anzahl von Ländern mit Gefängnis und Schlimmerem bedroht.

2.1. Entwicklungspolitische Bildung – Globales Lernen – Bildung für Nachhaltige Entwicklung: transformative Bildung ausbauen und strukturell verankern

Angesichts dieser komplexen Probleme gestalten und begleiten zahlreiche Bildungsakteure und Institutionen innerhalb des DEAB (Weltläden, Welthäuser, Eine Welt-Netzwerke, das EPiZ Reutlingen, Bildungsinitiativen, migrantische Organisationen, etc.) Prozesse im Sinne des Globalen Lernens, der Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) und der Global Citizenship Education (GCE), im Folgenden unter GL zusammengefasst.

Der DEAB setzt sich für die Zusammenarbeit und strukturelle Stärkung von Akteuren des Globalen Lernens, der Friedensbildung, der Demokratiebildung, der rassismuskritischen Bildung und anderen ein. In den letzten Jahren haben der DEAB, seine Mitgliedsgruppen und Kooperationspartner*innen viele Modellprojekte und Programme zu GL durchgeführt. In Zusammenarbeit mit anderen Akteuren des GL im Land (z.B. Landesarbeitskreis Bildung für Eine Welt Baden-Württemberg LAK, Fachorganisationen wie dem Entwicklungspädagogischen Informationszentrum EPiZ und anderen Verbänden wie dem BUND-Landesverband) wurde intensiv daran gearbeitet, diese Bildungsarbeit öffentlich zu fördern und zu verankern.

Dabei sind folgende Fragen für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit von Bedeutung:

Wie können wir durch Bildung zu einem guten, gelingenden Leben für alle Menschen weltweit jetzt und in Zukunft beitragen? Wie können wir Menschen dabei unterstützen, Orientierung für ihr eigenes Leben in einer globalisierten Welt zu gewinnen? Wie können wir sie darin stärken, im Rahmen ihrer Möglichkeiten ihre Verantwortung für Menschen in ihrem Umfeld und in anderen Teilen der Welt zu erkennen, zu bewerten und Handlungsmöglichkeiten zu entdecken? Wie können wir Menschen befähigen, Gesellschaft politisch mitzugestalten und sich für Menschenrechte und eine sozial-ökologische Transformation einzusetzen? Wie kann diese Bildung gestaltet werden, damit sie sowohl in Bezug auf ihr Angebot als auch in Bezug auf den Zugang inklusiv und gleichberechtigt ist? Wie können Stimmen und Perspektiven aus dem globalen Süden noch mehr Eingang in die Bildungsarbeit bzw. das Globale Lernen finden?

Entwicklungspolitische Bildungsarbeit in Baden-Württemberg geschieht vor dem Hintergrund zivilgesellschaftlicher Diskurse auf internationaler, nationaler und Landesebene, deren Inhalte sich auch in den Handlungsfeldern dieser DEAB-Strategie finden. Gute Bezugspunkte bieten auch staatliche Rahmendokumente wie die Agenda 2030 mit den 17 Globalen Nachhaltigkeitszielen und UNESCO-Programme zur Umsetzung einer Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Für Baden-Württemberg sind in diesem Zusammenhang die schulischen Bildungspläne mit den Leitperspektiven „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, „Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“, „Verbraucherbildung“ und – neu – „Demokratiebildung“ von Bedeutung. 2019 wird an einer Gesamtstrategie BNE für das Land gearbeitet.

Ziele

Bis 2025 hat der DEAB erreicht, dass ...

1. Globales Lernen in Baden-Württemberg in allen Bildungsbereichen (frühkindliche Bildung, Schule, berufliche Bildung, Hochschule, außerschulische Bildung) qualitativ und quantitativ in Bildungspraxis, Aus- und Fortbildung verankert ist und öffentlich besser wahrgenommen wird;

2. zivilgesellschaftliche Akteure in den relevanten Gremien und Funktionen sowohl bundesweit (z.B. agl, VENRO) als auch auf Landesebene (z.B. Beirat der Nachhaltigkeitsstrategie, Gesamtstrategie BNE, Landesarbeitskreis Bildung für Eine Welt LAK) angemessen berücksichtigt werden;
3. die Kompetenzen von Lehrenden und Multiplikator*innen im Globalen Lernen gestärkt und Qualifizierungs- und Beratungsangebote sowie unterstützende Formate strukturell und finanziell durch das Land unterstützt werden;
4. eine Rahmenvereinbarung zwischen dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, dem DEAB und anderen Verbänden ausgehandelt wird, die den Zugang von außerschulischen Akteuren aus den Bereichen Eine Welt und Nachhaltigkeit zu Schulen qualitativ, finanziell und personell stärkt.
5. mehr außerschulische Lernorte für ganzheitliche, transformative Lernprozesse auch im ländlichen Raum entstehen, strukturell und finanziell gefördert sowie miteinander vernetzt werden;
6. die Vernetzung von Akteuren an der Schnittstelle zum Globalen Lernen/BNE, z.B. Umweltbildung, Friedensbildung, Interkulturelle Bildung, gestärkt wird.
7. qualifizierte Multiplikator*innen zu verschiedenen Themenbereichen des Globalen Lernens (z.B. Multiplikator*innen für Schulprojekttage, Future Fashion Experts, Bildungsreferent*innen des Fairen Handels, Handy-Aktion, Berater*innenpool MiGlobe) in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen, vom DEAB sichtbar gemacht und vermittelt werden.

2.2. Gerechtes Wirtschaften in den planetarischen Grenzen

Zur Überwindung der Ungerechtigkeit in der Weltwirtschaft beizutragen ist eines der zentralen Anliegen des DEAB, das mit dem Fairen Handel, mit Lobbyarbeit und mit der Unterstützung von Kampagnen verfolgt wird. Zu vielen Aspekten, wie den sozial-ökologischen Folgen des Rohstoffabbaus, der ungerechten Handelspolitik sowie den Menschenrechtsverletzungen durch international tätige Unternehmen, gibt es Analysen, Forderungen und Vorschläge des DEAB (siehe hierzu unter anderem das Papier zur Landtagswahl 2016 und Papiere, auf die dort Bezug genommen wird).

Der Faire Handel ist als eigenständiges Handlungsfeld des DEAB fest etabliert. Er bietet viele Ansatzpunkte, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf ungerechte Strukturen in der Weltwirtschaft zu lenken, unseren Lebensstil kritisch zu reflektieren und wirksame politische Schritte zum Schutz der Menschenrechte und eine Transformation zur Nachhaltigkeit anzumahnen. Dieses Potenzial möchte der DEAB verstärkt nutzen.

Bei seiner Jubiläumskonferenz 2016 hat der DEAB zu den eingangs genannten Herausforderungen prinzipiell auch im Sinne eines Lebens und Wirtschaftens jenseits des Wachstums

Stellung bezogen. Vor diesem Hintergrund wird er zum einen die Postwachstums-Orientierung in seinen Handlungsfeldern verankern und zum anderen die Perspektive globaler Gerechtigkeit und Solidarität in die gesellschaftliche Debatte über zukunftsfähiges Wirtschaften einbringen.

2.2.1. Weltwirtschaft: globale Gerechtigkeit stärken und Achtung der Menschenrechte verbindlich verankern!

Weiterhin wird die Weltwirtschaft geprägt durch globalisierte Wertschöpfungsketten, markt-radikale Handels- und Investitionsregime, ausufernden Konsumismus, grenzenlose Inwertsetzung von Mensch und Natur, eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich – zunehmend auch innerhalb der Gesellschaften. Es dominieren mächtige Wirtschaftsinteressen, demokratisch legitimierte Institutionen verlieren an Einfluss, multilaterale Organisationen befinden sich auf dem Rückzug.

Andererseits gibt es mit dem Konzept der Nachhaltigkeit und der Agenda 2030 durchaus einen breiten normativen Rahmen in Politik und Gesellschaft, der Anknüpfungspunkte für mehr globale Gerechtigkeit und die Durchsetzung der Menschenrechte bietet – wenngleich die systemischen Ursachen der Krisen oftmals ausgeblendet und die gesellschaftlichen Machtverhältnisse in der Regel nicht thematisiert werden. Diese werden beispielsweise sichtbar, wenn in der Handels-, Investitions- und Rohstoffpolitik alles andere als nachhaltige Entscheidungen getroffen werden.

Die Eine Welt-Bewegung ist aufgerufen, Nachhaltigkeit im Sinne globaler Gerechtigkeit und der Menschenrechte einzufordern, Widersprüche zu benennen, Handlungsspielräume aufzuzeigen, die Wahrnehmung von Verantwortung anzumahnen und unverantwortliches Handeln anzuprangern. Insbesondere gilt es, die politischen Institutionen als demokratisch legitimierte Akteure in Anspruch und in die Pflicht zu nehmen: Allein auf freiwilliger Basis sind Nachhaltigkeit und Menschenrechte nicht zu haben; dafür braucht es auch verbindliche Regeln!

Der DEAB wird sich im Rahmen seiner Möglichkeiten als entwicklungspolitisches Landesnetzwerk für eine Stärkung globaler Gerechtigkeit und die Durchsetzung der Menschenrechte einsetzen, indem er seinen Mitgliedern entsprechende Informationen bereitstellt, für die Beteiligung an politischen Kampagnen mobilisiert und Überzeugungsarbeit gegenüber Politik und Wirtschaft leistet.

Ziele

Bis 2025 hat der DEAB erreicht, dass ...

1. die Landesregierung sich für die Verwirklichung des geplanten bindenden Abkommens der Vereinten Nationen für Unternehmen ausspricht und im Bundesrat für eine gesetzli-

che Regelung der menschenrechtlichen Verpflichtungen von international tätigen Unternehmen eintritt;

2. sich in Baden-Württemberg ein breites Bündnis dafür einsetzt, dass die Bundesregierung Sorgfaltspflichten für Unternehmen für die Achtung der Menschenrechte in ihren Lieferketten verbindlich verankert;
3. die Landesregierung in ihrem Einflussbereich (etwa bei Unternehmen mit Landesbeteiligung, bei der Außenhandelsförderung und bei der Geldanlage) menschenrechtliche Standards durchsetzt und Nachhaltigkeitsaspekte stärkt;
4. Landesbehörden und Kommunen ihre Beschaffungspraxis systematisch am Grundsatz der Nachhaltigkeit ausrichten und dabei insbesondere auch Kriterien globaler Verantwortung (wie die Menschenrechte) berücksichtigen;
5. Menschen aus Ländern des globalen Südens in Baden-Württemberg die Möglichkeit für die Darstellung ihrer Anliegen geboten wird, insbesondere wenn die Geschäftstätigkeit baden-württembergischer Unternehmen negative Effekte auf die Lebensbedingungen vor Ort hat.

2.2.2. Den Fairen Handel der Weltläden stärken!

Mit 230 Weltläden und zahlreichen Fair-Handels-Gruppen in Kirchengemeinden, Kommunen und Schulen gibt es in Baden-Württemberg ein flächendeckendes Netz von Fair-Handels- / Eine Welt-Engagierten. Rund 6.000 Ehrenamtliche engagieren sich in Weltläden und setzen Themen wie den ungerechten Welthandel, Klimagerechtigkeit, Menschenrechte in der Wirtschaft, kleinbäuerliche und ökologische Landwirtschaft usw. vor Ort auf die Agenda. Fairer Handel wirkt auf der Ebene der Produzent*innen, der Konsument*innen und Bürger*innen sowie der Politik mit dem Verkauf fair gehandelter Waren, Bildungsarbeit und politischen Kampagnen. Er bietet dabei Raum für die politische Debatte und einen konkreten Handlungsort für entwicklungspolitisches Engagement.

Weltläden müssen zukunftssicher werden. Da sie sehr unterschiedlich sind, braucht es dafür individuelle Unterstützung und Beratung vor Ort; beides bietet die dezentrale Fair-Handels-Beratung des DEAB seit 1994. Weltläden müssen attraktiv und modern sein. Ein moderner Weltladen zieht neue Mitarbeitende an, gewinnt mehr Menschen, die sich für die Bildungsarbeit oder Kampagnenarbeit engagieren, kann Geld für eine Bildungsreferent*in erwirtschaften, erreicht mehr Menschen mit seinen Anliegen. Zugleich müssen Weltläden erfolgreiche Einzelhandelsgeschäfte sein. Das erfordert viel Fachwissen und bindet viele Kapazitäten der Ehrenamtlichen. Deshalb muss im Weltladen mehr bezahlte Arbeit eingesetzt werden. Allerdings können nicht alle Weltläden genügend erwirtschaften, um eine Stelle zu schaffen. Hier gäbe es mehr Spielraum, wenn Weltläden ihre Erträge in die Entwicklung ihrer Strukturen investieren würden, statt sie zu spenden. Es stellt sich auch die Frage, wann das

Konzept „Weltläden als professionelles Fachgeschäft“ an seine Grenzen stößt, welche Strukturen geeignet sind oder welche anderen Konzepte es gibt, um Weltläden zukunftssicher zu machen. Weltläden brauchen neue Engagierte. Der Generationenwechsel muss vollzogen werden. Menschen engagieren sich eher projektbezogen, wollen sich nicht mehr langfristig festlegen und einbinden lassen. Es wird zunehmend schwieriger, Menschen für den Vorstand zu gewinnen. Deshalb müssen Weltläden ein aktives Freiwilligenmanagement betreiben und tragfähige Strukturen mit mehr Hauptamtlichkeit entwickeln.

Der Faire Handel ist durch Fairtrade viel bekannter geworden und enorm gewachsen. Zugleich hat der Faire Handel durch Fairtrade an Glaubwürdigkeit verloren und wird von anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren nicht mehr als politisch relevanter Akteur wahrgenommen, was auch auf die Weltläden zurückfällt. Dagegen sind die Kampagnen der Weltläden und des Forums Fairer Handel zu Themen wie Freihandel, Menschenrechte in der Wirtschaft, Agrarpolitik und Klima hoch aktuell und anschlussfähig an andere Bewegungen. Weltläden müssen den Beitrag des Fairen Handels zur gesellschaftlichen Transformation besser kommunizieren, sich fragen, was gerechter Handel in der Postwachstumsgesellschaft bedeutet und umgekehrt die Dimensionen weltweite Gerechtigkeit und Solidarität in die Postwachstumsdebatte einbringen. Dazu gehört es auch, vor Ort Bündnisse mit Akteuren der Postwachstumsbewegungen einzugehen.

Ziele

Bis 2025 hat der DEAB erreicht, dass ...

1. Weltläden als Fachgeschäfte des Fairen Handels gesichert, weiter ausgebaut und/oder neu gegründet werden;
2. Weltläden ihre Erträge vermehrt in den Aufbau bzw. die Stärkung ihrer eigenen Strukturen investieren;
3. sich mehr junge Menschen im Fairen Handel engagieren;
4. Weltläden relevante politische Akteure sind, als solche wahrgenommen werden, die politische Debatte mitgestalten und sich in Bündnisse einbringen;
5. Weltläden die Debatten zum Beitrag des Fairen Handels zu einer Postwachstumsgesellschaft kennen bzw. daran teilnehmen und den Beitrag des Fairen Handels zur gesellschaftlichen Transformation nach außen kommunizieren.

2.2.3. Strategien für ein Gutes Leben jenseits des Wachstums entwickeln!

Unser derzeitiges Wirtschaftsmodell beruht auf der Aneignung von Rohstoffen und Arbeitskraft aus dem globalen Süden. Es sprengt die planetarischen Grenzen ebenso wie die sozia-

len. Längst ist anerkannt, dass Veränderungen dieser imperialen Lebensweise insbesondere im globalen Norden ansetzen müssen und wirksamer Strategien für ein Leben und Wirtschaften jenseits des Wachstums bedürfen. Für die Eine Welt-Arbeit ist eine menschenwürdige und global gerechte Gestaltung der notwendigen Transformation in eine Postwachstums-gesellschaft ein zentrales Anliegen. Damit stellt sie sich auch der Frage der intergenerationellen Gerechtigkeit, denn es sind die Lebensgrundlagen der zukünftigen Generationen, die wir heute verschleudern.

Die Forderungen des DEAB nach menschenwürdigen Lebens- und Arbeitsverhältnissen für alle, nach globaler Gerechtigkeit, insbesondere Ressourcen- und Klimagerechtigkeit, sowie nach gerechter Verteilung der globalen Wertschöpfung und Überwindung der Ungleichheit erhalten eine erheblich höhere Brisanz, wenn die zur Verfügung stehende Menge an materiellen Gütern und natürlichen Ressourcen begrenzt ist. Im Aufzeigen dieser Zusammenhänge zwischen dem westlichen Wachstumsmodell und dessen Auswirkungen im globalen Süden liegt ein spezifischer Beitrag, den der DEAB zur Postwachstumsdebatte leisten kann.

Die Forderung nach Überwindung der Wachstumsideologie steht in einem Spannungsverhältnis zu dem vorherrschenden Ansatz einer nachhaltigen Entwicklung, wie er zum Beispiel in der Agenda 2030 vereinbart wurde. Dieser Ansatz geht weiterhin von einem – nun „nachhaltig“ erzeugten – Wirtschaftswachstum aus als Voraussetzung für die anderen Entwicklungsziele. Eine wichtige Aufgabe des DEAB besteht also darin, die SDGs im Licht dieses Spannungsverhältnisses konstruktiv-kritisch zu reflektieren.

Mit dem Begriff „Postwachstum“ sind tiefgreifende und umfassende gesellschaftliche Veränderungsprozesse verbunden, die von einem breiten und diversen Spektrum an Bewegungen und Initiativen diskutiert und erprobt werden. Viele der Akteure in der Postwachstumsbewegung sind junge Initiativen, bei denen der Eine Welt-Diskurs wenig bekannt ist, oder lokale Initiativen, die ihre Projekte aus dem regionalen Kontext heraus entwickeln. Daneben wird über die Grenzen des Wachstums und Suffizienz auch bei etablierten, in breite gesellschaftliche Kreise wirkenden Akteuren und Institutionen nachgedacht. Eine Welt-Themen und -Positionen oder Perspektiven aus dem globalen Süden sind dabei oftmals nicht im Blick.

Andererseits gibt es auch in Ländern des globalen Südens Bewegungen, die sich für ein zukunftsfähiges Mensch-Natur-Verhältnis einsetzen, wie etwa die Initiativen zum Post-Extraktivismus. Sie üben insbesondere Kritik daran, dass diejenigen am meisten von den sozial-ökologischen Schäden des Wachstums betroffen sind, die am wenigsten daran teilhaben. Der DEAB kann sich für eine stärkere Vernetzung der Postwachstumsbewegung mit den Akteuren der Eine Welt-Bewegung einbringen. Damit kann er zu einer Stärkung der Perspektiven aus dem globalen Süden in der hiesigen Debatte um Postwachstum beitragen.

Ziele

Bis 2025 hat der DEAB erreicht, dass ...

1. er sich auf der Grundlage einer internen Debatte über Postwachstumsstrategien und das Gute Leben in globaler Perspektive eine Position erarbeitet hat und handlungsfähig ist;
2. die Perspektive globaler Gerechtigkeit und Stimmen aus dem globalen Süden in der Postwachstumsdebatte wahrgenommen und berücksichtigt werden;
3. die Perspektive eines Guten Lebens und Wirtschaftens jenseits des Wachstums im entwicklungspolitischen Diskurs stärkere Berücksichtigung findet.

2.3. Internationale Vernetzung und Kooperationen fördern

Um sich in Baden-Württemberg für ein Leben, Wirtschaften und eine Politik einsetzen zu können, die global nachhaltig ist, ist die Einbeziehung internationaler Perspektiven, insbesondere von zivilgesellschaftlichen Gruppen des globalen Südens, sowie partnerschaftlicher Dialog und Zusammenarbeit mit internationalen Akteuren notwendig. Die entwicklungspolitisch aktiven Migrant*innen und ihre Organisationen sollen deshalb verstärkt an der Entwicklung seiner Konzepte bezüglich Kooperationen und internationaler Vernetzung beteiligt und Partner aus dem globalen Süden bei dafür geeigneten Programmen und Projekten einbezogen werden.

Die Verknüpfung von internationaler Vernetzung und konkreten Kooperationen mit der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit legitimiert und bereichert diese. Zahlreiche Mitgliedsgruppen des DEAB haben internationale Partnerschaften, Kooperationen oder andere direkte Kontakte, die es zu fördern und als wertvolle Ressource zu nutzen gilt.

In Zeiten von „shrinking spaces“ (Einschränkung von Handlungsspielräumen) für zivilgesellschaftliche Mitgestaltung müssen wir uns auch wieder verstärkt auf die Tradition der internationalen Solidarität besinnen, aktiv für den Schutz der Menschenrechte bedrohter Aktivist*innen eintreten und gemeinsam mit Organisationen im Süden politische Ziele verfolgen. Darum soll der DEAB in Zukunft verstärkt auch im Handlungsfeld „Internationale Vernetzung und Kooperationen“ aktiv sein. Ziele, Strategien und Aktivitäten des DEAB als Landesnetzwerk werden hier mit der Arbeit der Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke (agl) im Rahmen der weltweiten Kampagne „Global Call for Action against Poverty“ (GCAP) abgestimmt. Dabei positioniert sich der DEAB kritisch gegenüber einer Entwicklungszusammenarbeit, die ausschließlich oder überwiegend an privatwirtschaftlichen Interessen orientiert ist.

Ziele

Bis 2025 hat der DEAB erreicht, dass ...

1. Mitglieder mit internationalen Kooperationen in die Verbandsarbeit stärker einbezogen werden und sich mit ihren Anliegen in dieser wiederfinden;
2. sich die Anzahl der Mitglieder mit internationalen Kooperationen erhöht hat;
3. bei internationalen Kooperationen des Landes und der Kommunen in Baden-Württemberg die Perspektive globaler Gerechtigkeit stärker berücksichtigt und zivilgesellschaftliche Akteure einbezogen werden.

Dieses Dokument wurde von der DEAB-Mitgliederversammlung am 16. Juni 2018 und am 25. Mai 2019 verabschiedet.